



Evangelische Verantwortung

Anpassung an den Zeitgeist oder Stärkung der Widerstandskräfte

Überlegungen für eine zukunftsorientierte Jugendpolitik

Ilse Falk

Zugegeben - ich bin ein nahezu hoffnungsloser Fall! Tief und fest in mir verwurzelt habe ich nämlich immer noch das Idealbild von Familie, von dem ich denke, daß es auch heute noch optimale Voraussetzungen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gewährleistet: Zu der Familie gehören Mutter, Vater, Kinder (Großeltern...), ein Eltern- teil ist zu Hause.

Die Kinder erfahren Geborgenheit durch Liebe, Vertrauen und Verlässlichkeit. Sie haben jemanden zum Zuhören und Fragen, Freiraum zur individuellen Entfaltung von Phantasie und Kreativität, erfahren und erproben ihre Grenzen in Auseinandersetzung und Wettbewerb.

Zur Freizeitgestaltung gehören selbstbestimmtes Spielen und Bücher so selbstverständlich wie „vernünftiges“ Fernsehen. Kirche und Glauben sind zuverlässige u. praktizierte Grundlage des täglichen Lebens. Gelebte Vorbilder prägen Wertvorstellungen und sind wichtige Verbündete in der Erziehung.

In dieser Atmosphäre entdecken Kinder ihre Begabungen und Fähigkeiten, sie können sich optimal entwickeln, sie lernen, sich mit Problemen auseinanderzusetzen und Anfechtungen zu widerstehen! Sie sind sensibel für die Sorgen anderer und trainiert im sozialen Verhalten!

Zu schön um wahr zu sein??

Richtig ist, daß sich auch bei solch idealen Voraussetzungen nicht zwangsläufig auch so ideale Ergebnisse einstellen! Richtig ist auch, daß sich Kinder häufig unter ungleich ungünstigeren Bedingungen vorzüglich entwickeln!

Trotzdem brauche ich als Politikerin ein Leitbild, an dem ich mich orientiere und an dem ich politische Entscheidungen ausrichte. Als Jugendpolitikerin bin ich immer zugleich auch Familienpolitikerin, und nur wenn hier die Rahmenbedingungen stimmen, kann ich davon ausgehen, daß die Gegenwart unserer Kinder und Jugendlichen die Gewähr für eine gute Zukunft der Gesellschaft ist.

Stimmen die Rahmenbedingungen?

Wenn sich also die Voraussetzungen meiner Idealfamilie verändern, so wird es mir kaum gelingen, die Zeit zurückzudrehen, aber ich muß dafür Sorge tragen, daß andere Institutionen als Familie in ihrer ursprünglichen Form das gewährleisten, was ich für unverzichtbar halte. Dazu gehört:

- Alleinerziehende müssen entlastet werden.
- Eltern, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen, müssen hierfür die Voraussetzungen vorfinden.

- Kinderbetreuungseinrichtungen gewinnen an Bedeutung, weil sie viele Funktionen übernehmen, die früher die Familie hatte (Geschwister, Spiel, Wettbewerb, Entfaltung und Kreativität, soziales Verhalten...).
- Schulen sind vielfach gefordert, Erziehungsdefizite auszugleichen. Hier müssen Lehrer und Lehrerinnen stärker unterstützt werden.
- Verbesserte Aufklärung und Beratung müssen Eltern helfen bei Drogen und Sektenproblemen.
- Bei Arbeitslosigkeit und drohender oder vorhandener Armut muß die Gesellschaft, müssen die Mitmenschen sich viel stärker als bisher ihrer Verantwortung füreinander bewußt sein und sie wahrnehmen (Nachbarschaft, ehrenamtliches Engagement). Auch hier leistete früher die intakte (!) Großfamilie vieles.
- Jugendarbeit muß verstärkt gefördert werden und darf nicht - wie so oft - als erstes dem so notwendigen Sparzwang

Themen:

Politische Jugendarbeit heute	6
Abenteuer, weltweite Freundschaft	7
Papst Johannes Paul II.	10
Die ökumenischen Konferenzen in Erfurt und Graz	12
Im Sterben: Umfängen vom Leben	16

geopfert werden. Was freie Träger zusammen mit Ehrenamtlichen (auch Jugendlichen!) gerade für die heranwachsende Jugend, z.B. in Sachen Freizeitgestaltung leisten, kann gar nicht hoch genug bewertet werden.

- Und nicht zuletzt: Ein weiter zu verbessernder Familienleistungsausgleich sollte für mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Lasten sorgen, denn bewußte Entscheidungen für sehr unterschiedliche Lebensmodelle haben auch hier zu dramatischen Veränderungen bei der Einlösung des Generationenvertrages geführt.

Soweit meine Träume, Wünsche und Forderungen, was die notwendigen Rahmenbedingungen angeht. Wie aber sehen Zahlen und Fakten aus, wenn es um die gegenwärtige Situation unserer Kinder und Jugendlichen geht, welches Bild zeichnen Meinungsforscher von ihnen? Wo liegen z.Zt. die Schwerpunkte der Arbeit im Ausschuß FSFJ? Wo gibt es aktuell besonderen Handlungsbedarf für Politiker und andere Verantwortliche?

Handlungsbedarf

Zahlen und Fakten belegen, daß es um Gegenwart und Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen nicht rosig bestellt ist:

- Jedes zehnte Kind in der Bundesrepublik ist auf Sozialhilfeleistungen angewiesen (Hintergrund hierfür: Väter und Mütter, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, hohe Arbeitslosigkeit, Asylbewerber und arbeitslose Ausländer mit vielen Kindern).
- Rund 50.000 Jugendliche sind obdachlos.
- Eine halbe Million junger Menschen zwischen 18 und 25 Jahren ist arbeitslos gemeldet.
- Knapp ein fünftel aller Auszubildenden wird nach der Lehre arbeitslos.
- Seit 1985 hat sich die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge kontinuierlich verringert; aktuell fehlen ca. 80.000 Lehrstellen.

Drohende Arbeitslosigkeit stellt für 36% der westdeutschen und für 53% der ostdeutschen Jugendlichen tatsächlich die größte Sorge dar. Dennoch bekundet bei Meinungsumfragen eine Mehrheit von ihnen subjektives Wohlbefinden. Sie haben das Gefühl, daß ihnen ihr persönliches Leben schon gelingen wird. Von 2400 befragten Jugendlichen im Alter



Ilse Falk

von 14 bis 24 Jahren sind 95 Prozent der westdeutschen und 85 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen mit ihrem Leben zufrieden. 86 Prozent im Westen und 73 Prozent im Osten blicken optimistisch in ihre Zukunft. Die hier zitierte jüngste IBM-Jugendstudie bestätigt sogar eine Tendenz zu traditioneller Lebenshaltung. Drei Viertel wollen heiraten und eine Familie gründen. Besondere Vorbilder sind Schauspieler Tom Hanks, Bundeskanzler Kohl, Rennfahrer Michael Schumacher und Boxer Henry Maske.

Angepaßt, oberflächlich und langweilig, sagen die einen. Jugendlichen Idealismus, der - unter starkem Verzicht auf individuelle Bedürfnisse - bereit ist, für eine bessere Welt zu kämpfen und dafür auch Entbehrungen hinzunehmen, scheint es nicht mehr zu geben. Stattdessen wird eine pragmatische Überlebensfähigkeit entwickelt, die die Probleme der Zeit einfach ausblendet und das individuelle Lebensglück, Zufriedenheit hier und jetzt, in den Vordergrund stellt. **Wunderbar, sagen die anderen.** Die Jugend ist o.k. Endlich keine phantastischen gesellschaftlichen Utopien mehr. Der Wert einer vernünftigen Ausbildung wird erkannt, dafür ist man bereit, viel Fleiß und Energie zu investieren; unsere Wirtschaft braucht leistungsfähige, flexible, allzeit anpassungswillige, lernbereite und mobile Menschen. Dem gesellschaftlichen Ideal der „Jugendlichkeit“ entspricht nun endlich auch unsere Jugend.

Vorsicht!, warnt Freizeitforscher Horst Opaschowski. Wir müssen diesem scheinbar „ganz normalen“ Alltagsleben Jugendlicher und diesem - oberflächlichen - Wohlbefinden mehr Beachtung schenken.

Richtungsbestimmung

Um auf die IBM-Studie zurückzukommen: Die Jugend fühlt sich in ihrer Freizeit vom Staat alleine gelassen. 75% beklagen den **Mangel an Freizeiteinrichtungen**. Wenn sich staatliche Jugendpolitik wesentlich darin erschöpfe, so Opaschowski, den Jugendlichen ihre Plätze in der Arbeits- und Konsumwelt zuzuweisen, dann dürfe sich niemand wundern, wenn sie die geforderte Risikobereitschaft ganz privatistisch in der Freizeit ausleben. Sieben Prozent nennen „Wände besprayen“ und „private Autorennen“ als Lieblingsbeschäftigung, jeder vierte begeistert sich für 24stündige Techno-Parties, fast jeder dritte für Extremsportarten und für 44% wäre Bungee-Springen der „letzte Kick“. Schule und Arbeitswelt erzeugen immer weniger Spannung, außerberufliche Grenzerlebnisse sind gefragt, in der Jugendforschung spricht man schon von „Freizeitkarrieren“. Diesem Bedürfnis müsse sich auch die Jugendpolitik endlich anpassen. Denn schließlich koste ein dreitägiger Polizeieinsatz bei einer Jugend-Randale so viel wie „ein Jahr lang ein Jugendcafé“. Opaschowski: „Wer an Jugendfreizeit spart, investiert mit Sicherheit am Bedarf und an der Zukunft vorbei“.

Hier muß man als Jugendpolitiker dann doch aufhorchen. Und mit eigenen inneren Widersprüchen kämpfen. „Erlebnisorientierte Freizeitarbeit“ sollen wir fördern und uns gleichzeitig darüber Sorgen machen, wie konsumorientiert und oberflächlich, politisch desinteressiert und individualistisch sich viele Jugendliche zeigen? Zwei Institutionen haben (laut IBM-Studie) bei den Jugendlichen doch besondere Probleme: 1. Die **Kirchen**, wo der Prozentsatz intensiver Kirchenbindung mit 13 Prozent etwas kleiner ist als mit 15 Prozent derjenigen, die gar kirchenfeindlich sind. 2. **Politische Parteien** und Politiker, denen gegenüber sich etwa 1/3 der Jugendlichen „völlig ablehnend“ zeigen.

Ist diese Haltung wirklich Folge unserer (Jugend-)Politik, die sich den Bedürfnissen der Jugendlichen stärker anpassen

muß, um zukunftsorientiert (und damit beliebt) zu sein? Oder ist sie Folge einer gesellschaftlichen Entwicklung, deren Ursachen wir nicht ernst genug genommen haben? An einer selbstkritischen Hinterfragung und der Notwendigkeit einer neuen „Richtungsbestimmung“ kommen wir wohl nicht vorbei.

Vielleicht bin ich als Politikerin und Mitglied der Jugendkammer der EKD und damit also Vertreterin beider o.g. Institutionen die falsche Person, um sich darüber Gedanken zu machen, statistisch gesehen bei Jugendlichen jedenfalls „völlig out“! Als „erziehungserfahrene“ Mutter von vier Kindern und bestimmt vom eingangs beschriebenen Idealbild weiß ich allerdings, daß man nicht immer „in“ sein kann, wenn man Entscheidungen durchsetzen, Vorbild sein und Entwicklungen beeinflussen will, bevor es zu spät ist.

Ausschußarbeit

Wie sieht nun Jugendpolitik in meinem Wirkungsbereich derzeit konkret aus? Der Ausschuß wird „mitberatend“ herangezogen bei vielen sozial-, arbeitsmarkt-, bildungs-, wohnungs- und auch ausländerrechtlichen Themen. Dabei besitzen wir zwar kein Veto-Recht, um Gesetzesvorhaben, die sich jugendpolitisch negativ auswirken könnten, zu kippen, aber wir bringen unsere Meinung zu Gehör und setzen manche Änderung durch, was der Öffentlichkeit leider viel zu wenig bekannt ist.

Schwerpunkt unserer politischen Arbeit war und ist die Auswirkung der deutschen Vereinigung auf Jugendliche in den neuen Bundesländern und die Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vor Ort. Das Thema Jugend und Gewalt steht eigentlich kontinuierlich auf der Tagesordnung: wie können wir Jugendliche mit gesetzlichen Initiativen vor Gewaltdarstellungen in den Medien schützen und wie können wir gleichzeitig den **Ursachen von Gewalttaten Jugendlicher wirkungsvoll begegnen?** Wir debattieren über Angebote freiwilligen sozialen Engagements Jugendlicher (Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr) und über die Ausgestaltung des Zivildienstes. Im Rahmen der Haushaltsplanung sind wir insbesondere für den Kinder- und Jugendplan des Bundes,

also die Mittelverteilung an die Träger der freien Jugendhilfe und die außerschulische Jugendarbeit zuständig. Viele Entscheidungen allerdings, die Jugendliche unmittelbar betreffen, fallen in die finanzielle und fachliche Zuständigkeit der Kommunen und der Länder. Hier können wir uns nur für bessere Rahmenbedingungen einsetzen, damit Jugendarbeit vor Ort gut funktionieren kann.

Pluralisierung der Lebensweisen

Hierbei wird schnell deutlich, daß Jugendpolitik ein vielschichtiges Bild der Jugend voraussetzt und gefährlich einseitig würde, wenn sie sich „nur“ auf Jugendforscher und Jugendstudien verlassen würde. Es ist höchst fatal, in jugendlichem Optimismus einen Grund für Tatenlosigkeit zu sehen. Er schließt Wertorientierung, Bereitschaft zu Engagement und soziales Bewußtsein keineswegs aus. Ebenso fatal wäre es aber, die Signale sinkenden politischen Engagements, Konsumorientierung und Individualisierungstendenzen sowie Flucht zu Drogen und Sekten völlig auszublenden. In der Jugend spiegeln sich allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen und Tendenzen. Mit dem Schlagwort der „Pluralisierung der Lebensweisen“ sind diese sicher treffend umschrieben.

Um zukunftsorientierte Politik für die Jugend zu betreiben, muß man also - wie eingangs bereits erwähnt - neben einer genauen Beobachtung der Trends in der gegenwärtigen Jugend, ihrer Werte, Einstellungen und Bedürfnisse, jede gesamtgesellschaftliche Entwicklung immer im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die kommenden Generationen betrachten.

Entwicklung der Medien

Auf einen Bereich, der in dieser Hinsicht meines Erachtens noch viel zu wenig kritisch ins Auge gefaßt wird, will ich im Folgenden näher eingehen, weil er uns erhebliches Kopfzerbrechen macht: Die Entwicklung der neuen Medien. Die Politik fördert die technische Entwicklung mit Milliardenbeträgen und erwartet dafür wirtschaftlichen Aufschwung und Standortsicherung. Was aber bedeutet diese Entwicklung für die Gesellschaft und ihre Zukunft, insbesondere für Kinder und Jugendliche? Neue Möglichkei-

Rekordteilnahme an Jugendweihe ist bedrückend

Die Teilnahme von über 86.000 Mädchen und Jungen bei der diesjährigen Jugendweihe in den neuen Bundesländern ist ein bedrückender Rekord. Zwar dient die Jugendweihe heute nicht mehr der Bevormundung und Einschwörung auf die sozialistische Ideologie, dennoch bleibt sie ein symbolträchtiges Relikt quasi öffentlicher Ersatzhandlungen für eine zu DDR-Zeiten verpönte Religionsausübung.

So verständlich der Wunsch vieler Eltern in den neuen Bundesländern ist, ihren heranwachsenden Kindern ein Familienfest vergleichbar den Konfirmationsfeiern zu bieten, so fragwürdig ist es, dies im Rahmen pseudo-religiöser Veranstaltungen zu tun. Die der Freidenkerbewegung entstammende „Interessensvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe“ kann kein Ersatz für die Sinnvermittlungsinstitution Kirche sein.

Die diesjährige Rekordteilnahme an der Jugendweihe sollte den christlichen Kirchen in den neuen Ländern Mahnung sein, sich verstärkt um die Jugendlichen zu bemühen. Dem Trend der Säkularisierung ist bei aller Toleranz gegenüber Andersdenkenden nur durch verstärktes Engagement entgegenzuwirken.

Diesen bedenklichen Trend sollten auch die staatlichen Ebenen zumindest nicht befördern, wie es die brandenburgische Landesregierung unter dem „Kirchenmann“ Manfred Stolpe mit der verfassungsrechtlich höchst fragwürdigen de facto-Abschaffung des Religionsunterrichts an den Schulen seines Landes getan hat.

Eduard Oswald MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CSU-Landesgruppe im
Deutschen Bundestag

ten der „substantiellen Gestaltbarkeit“ oder Gefahren des „Geschwindigkeitsrausches auf Datenautobahnen“, der „Unfälle im Internet“, des „Staus“ aufgrund einer nicht mehr bewältigbaren Menge von Informationen, der Orientierungslosigkeit?

Eine im Mai 1995 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte Fachtagung zum Thema „Jugend auf der Datenautobahn. Sozial-, gesellschafts- und bildungspolitische Aspekte von Multimedia“ kommt nach einer differenzierten Abwägung der positiven wie der negativen Folgen jedenfalls zu folgendem eindeutigen Ergebnis: „Der Staat darf die Entwicklung von Multimedia nicht allein der Wirtschaft überlassen und muß gerade angesichts der Medienentwicklung wieder stärker Verantwortung tragen für Gesellschaft und Bildung und dem öffentlichen Bildungswesen sowie der Jugendarbeit wieder mehr Bedeutung beimessen“.

Jugendliche seien für die „Zukunft auf der Datenautobahn“ sehr wohl gut gerüstet. Nicht nur im technischen Sinne. Sie haben diese Welt in ihrer Sozialisation als Medienwelt erfahren, übernommen und internalisiert, also auch hinsichtlich ihrer Inhalte und Werte: **Konsum und Sensationen**. Sie präsentiert sich ihnen als eine Welt, die sich ständig in Bewegung befindet und käuflich zu erwerben ist. Mediale Codes und Symbole bestimmen ihre Kommunikation und ihren Umgang miteinander und spiegeln ein weiteres Charakteristikum eben dieser (Medien-) Welt wieder: ihre Flüchtigkeit und Partikularität.

Gegen die Unüberschaubarkeit von Ereignissen und Informationen orientieren sie sich in ihrer „kleinen Welt“ wiederum an Vorgaben der Medienwelt, die für alle gleich und für alle verständlich sind. Wie es Jugendmedienforscher Bernd Schorb in seinem Einführungsreferat plakativ zusammenfaßt: In der Warenwelt von Cola bis Honda, in der Welt der Musik und des Sports von Madonna bis Maradona. Die Vielfältigkeit und Masse der Informationsflut erlauben und erzwingen geradezu ihre Reduktion auf das Einfache und Begreifbare: „Wenn ich als Jugendlicher nicht selbst von den Schändlichkeiten dieser Welt betroffen bin und das Privileg habe, über die entsprechenden finanziellen

Ressourcen zu verfügen, dann kann ich mich aus der bedrückenden Welt herauskaufen. Dann kann ich mich in eine schöne Welt begeben, die zwar eine globale aber auch eine kleinräumige Welt ist. Sie ist überschaubar und lebbar, dafür sorgt die Allgegenwart der Informations- und Kommunikationstechnik mit ihren Angeboten, die Zeit zu füllen“. Wenn auch - wie beschrieben - oberflächlich gut vorbereitet, bleiben Jugendliche letztlich Objekt, nicht Subjekt der medialen Entwicklung. Je jünger sie sind, desto weniger sind sie in der Lage, die komplexen Veränderungsprozesse zu erfassen und zu verarbeiten, ihnen fehlen die Möglichkeiten, negative Phänomene zu verhindern.

Jugendschutz

Hier ist also der Staat gefordert. Zunächst, das ist naheliegend, mit den - klassischen - Instrumenten des Jugendschutzes, also durch eine Kontrolle des medialen Angebotes. Durch die Paragraphen 131 und 184 des Strafgesetzbuches z.B., die zumindest teilweise Herstellungsverbote und Verbreitungsverbote für Gewalt- und Sexdarstellungen, für Kriegsverharmlosung und NS-Verherrlichung enthalten. Durch das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften, das prinzipiell auch auf Ton- und Bildträger anwendbar ist. Gesetzlicher Regelungsbedarf besteht aber sicherlich in den bisher rechtsfreien Räumen, wie z.B. dem Internet. Die Bereiche, die hier angegangen werden müssen reichen vom Jugendschutz, über Datenschutz, zu Werbe- und urheberrechtlichen Regelungen, bis hin zu Identifikationsmöglichkeiten von Absendern von Messages. Rainer Scholz, zuständig für den Jugendschutz im BMFSFJ sagte dazu auf der Fachtagung: „Wir befinden uns hier in einem Wirrwar von unterschiedlichen Zuständigkeiten. Der bisher gesetzessfreie Raum muß nach und nach geregelt werden, auch wenn Mechanismen der Selbstregulierung wie im Internet bereits greifen“.

Medienpädagogen warnen vor übersteigertem Optimismus: „Wenn beispielsweise das Fernsehangebot nicht nur globalisiert, sondern auf 300 bis 500 Programme ausgeweitet wird, wenn es möglich wird, Programme individuell abzurufen und sich interaktiv in ihnen zu bewegen, wenn die Orte, an denen sich

Jugendliche befinden, im Virtuellen verschwinden und nicht mehr aufzufinden sind, welche Instanz soll dann kontrollieren und eingreifen? Die zukünftige Medienentwicklung öffnet dem freien kapitalistischen Markt die Information und die Kommunikation (...). Einen Schutz der Jugend, selbst wenn sie und wir dies wollten, gibt es hier nicht mehr“.

Förderung von „Medienkompetenz“ im Schulunterricht, aber auch im Rahmen der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung wird zunehmend eine unverzichtbare Sache. Dennoch kann dieses nur die eine Seite der Aufgabe sein, die sich die Kirchen und alle an der Erziehung und Förderung der Jugend beteiligten gesellschaftlichen Institutionen stellen müssen.

Denn es reicht nicht aus, Kinder und Jugendliche vor den verschiedenen Anfechtungen, denen sie in ihrer Entwicklung ausgesetzt sind, zu schützen, in dem man sie besonders kompetent und „funktionabel“ macht im Umgang mit diesen Anfechtungen.

Maßstäbe und Normen

Meines Erachtens kommt es vielmehr darauf an, die **inneren Widerstandskräfte zu stärken**, die in jeder Jugendgeneration neben der Begeisterung für Neues doch immer vorhanden sind. Ihre Entscheidungskompetenzen insgesamt zu fördern, ihnen Maßstäbe und Normen mit auf den Weg zu geben, an denen sie sich, andere und gesellschaftliche Entwicklungen messen können.

Durch Vorbild - auf der einen Seite - und durch die Vermittlung der überlieferten Werte unserer Kultur und eben unseres christlichen Glaubens.

Hier sind die Kirchen noch stärker gefordert als der Staat. Die Kirche vermag, so der Bonner Staatsrechtler Isensee, „den Staat zu ergänzen, der als Rechtsstaat nur Legalität fordern kann, obwohl er auch der Moralität bedarf, und der, beengt durch Toleranz- und Neutralitätspflichten, nur eine schmale Erziehungskompetenz wahrnehmen kann. Erziehung geht immer auf den ganzen Menschen aus. Die Kirche vermag ganzheitliche Erziehung zu leisten und, indem sie diese lei-

stet, den Grundkonsens der Gesellschaft zu beleben. Die Kirche vermag Sinn anzubieten, wo der Rechtsstaat nur den Freiheitsrahmen bietet, innerhalb dessen der einzelne seinen Sinn selbst suchen muß“.

Religionsunterricht und LER

So auch von Wolfgang Schäuble zitiert, in der Debatte im Bundestag am 15. März 1996 zu den - unsäglichen - Plänen des Landes Brandenburg, den Religionsunterricht an den Schulen durch ein „weltanschaulich neutrales“ Schulfach LER - Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde zu

solchen Persönlichkeit können sich Jugendliche einen Panzer anlegen gegen die Anfechtungen unserer Zeit. Mit dem Pflichtfach Religion macht der Staat jungen Menschen ein Angebot, nämlich der **Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben** und der verantwortlichen Gestaltung des eigenen Lebens.

Wolfgang Schäuble: „Wer für den Religionsunterricht ist, ist nicht für die Macht der Kirchen, sondern für die Zukunft der jungen Menschen“. Im übrigen werden Interesse und Aufgeschlossenheit unterschätzt, die der Religion

Spendenaufwurf 1996 für das Müttergenesungswerk

Seit über 45 Jahren hilft das Müttergenesungswerk erschöpften und kranken Müttern, ihre Gesundheit und Lebensfreude zurückzugewinnen. In vierwöchigen Mütterkuren oder Mutter-Kind-Kuren nehmen die Frauen allein oder gemeinsam mit ihrem Kind an einem umfangreichen Gesundheitsangebot teil, das speziell auf ihre Probleme ausgerichtet ist. Medizinische Betreuung, beratende und unterstützende Gespräche, Bewegungs- und Entspannungsübungen tragen dort zur gesundheitlichen und seelischen Regeneration bei.

Vor Antritt einer Müttergenesungskur werden die Frauen intensiv beraten, welche Kurform für sie in Frage kommt.

Nicht nur Mütter, auch Kinder sind zunehmend in ihrer Gesundheit gefährdet und kurbedürftig. Chronische Erkrankungen, z. B. durch Umwelteinflüsse, nehmen immer mehr zu und bedeuten für die Mütter zusätzliche Belastung und Sorge. Hierfür bietet das Müttergenesungswerk die bereits erwähnte Mutter-Kind-Kur mit vielen gemeinsamen Gesundheitsangeboten für Mutter und Kind an. Für viele Frauen ist die Teilnahme an einer Müttergenesungskur die einzige Chance, aus dem Teufelskreis von Überlastung und Überforderung herauszufinden, um endlich einmal etwas für ihre eigene Gesundheit zu tun. Nach wie vor ist die Arbeit des Müttergenesungswerkes brandaktuell. Daher bitten wir Sie: Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Spende!

Christiane Herzog

Schirmherrin der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung,
Deutsches Müttergenesungswerk

ersetzen. Diese Pläne sind ein Frontalangriff gegen die Zukunftskompetenz, gegen die Orientierungsfähigkeit junger Menschen gerade in Existenzfragen.

Neben dem, was Familien und Kirche vermitteln, kann nämlich nur im Religionsunterricht jungen Menschen geholfen werden, eine eigene religiöse und weltanschauliche Identität und Persönlichkeit herauszubilden. Nur auf der Basis einer

und dem Deutungsangebot der Kirchen gerade von jungen Menschen entgegengebracht werden: „Äußere Zeichen von Kirchenferne, von der rückläufigen Zahl der Gottesdienstbesuche bis zu den Kirchenaustritten sollten nicht hinwegtäuschen über ein weitverbreitetes Bedürfnis nach Vergewisserung über die letzten Dinge, über Sinn und Zweck des Daseins, über all das, was menschlichem Einfluß letztlich entzogen ist“.

Die Pläne um LER in Brandenburg sind ein Beispiel dafür, wie staatliche Institutionen ihre doch nur begrenzten „Erziehungsmöglichkeiten“ gerade in die falsche Richtung ausschöpfen. Nicht auf die Anpassung an den Zeitgeist, an Pluralität, Beliebbarkeit und Individualismus kommt es an, sondern darauf, gegen diesen Geist die herkömmlichen überlieferten Werte und Traditionen zu verteidigen.

Nicht nur im Interesse unserer Jugendlichen, sondern im Interesse unserer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft, die auf die Bindekraft, auf den inneren Zusammenhalt, den der Wertekonsens und den eine stabile Wertgrundlage liefert, geradezu existentiell angewiesen ist. Religiöse Traditionen und Überlieferungen waren über die Jahrhunderte hinweg ihre wichtigste Quelle.

Anpassung an den Zeitgeist

Eine Kritik muß sich allerdings kirchlicher Unterricht - sei es in der Schule oder im Bereich der Kirche selbst - gefallen lassen: Vielfach ist das, was sich bei uns Religionsunterricht nennt, längst in Wirklichkeit LER und kirchliche Jugendarbeit zeichnet sich häufig aus durch eine übertriebene Anpassung an den Zeitgeist, an die zu Beginn beschriebenen Freizeitbedürfnisse von Jugendlichen.

Jugendcamps, Theater und Kabarett, Gitarrenkurse dominieren das überwiegend alternativ orientierte Angebot. Beides sollte wieder „biblischer“ ausgerichtet werden, abstrakte Themen aufgreifen, Sinnfragen stellen und Orientierungen bieten. Wenn wir Jugendliche stark machen wollen für ein Leben in schwieriger Zeit, sollten wir sie endlich ernst nehmen in ihrer Sinnsuche und kritischen Auseinandersetzungen mit „Gott und der Welt“.

Die Welt verkörpern wir, die wir alle Vorbilder (negative und positive) sind! Stellen wir uns dieser Verantwortung und nutzen ihre Chancen! ■

Anm.:

Ilse Frank MdB, ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand und Mitglied im Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (FSFJ)

Politische Jugendarbeit heute

Christian Burkiczak

Kinder- und Jugendarbeit ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Diese eher banale Feststellung muß jedoch noch ergänzt werden. Kinder- und Jugendarbeit ist heutzutage auch schwieriger denn je. Dies gilt nicht nur, aber gerade auch für die politischen Jugendorganisationen.

Jugendliche für bestimmte Themen zu begeistern, scheint kein Problem zu sein. Aktionen von Greenpeace oder anderen spezifischen Organisationen finden bei jüngeren Menschen ein hohes Maß an Akzeptanz. Doch diese Gruppen beschränken sich auf ein bestimmtes Themengebiet, aus dem dann einzelne Aspekte herausgegriffen werden. Gerade bei Greenpeace sind es die spektakulären Aktionen, die Jugendliche in erster Linie beeindruckt. Da wird auch nicht unbedingt hinterfragt, ob die Aktion sinnvoll ist oder ob die Fakten wirklich so sind, wie sie die Organisation darstellt. Für den Jugendlichen zählt der scheinbare „gute Zweck“ und die Aktion selbst.

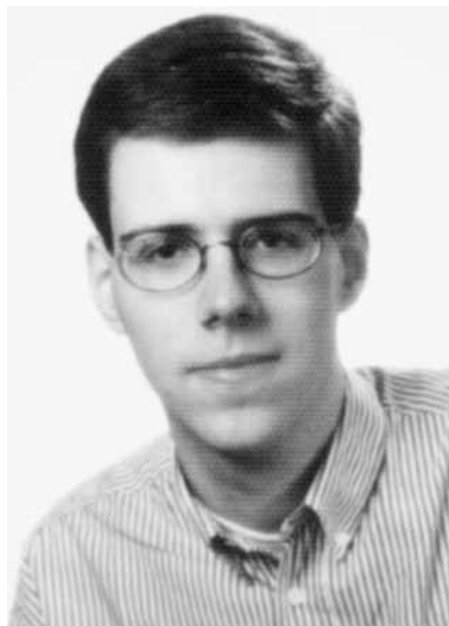
Arbeit und Ziele der Schüler Union

Die „bodenständigen“ Jugendverbände, zumal die politischen, haben es da sehr viel schwieriger. Sie können sich nicht auf wenige Themen beschränken, sondern müssen ihren Blick auch immer auf das Ganze richten, wenn sie verantwortungsvoll agieren wollen.

Auch die Schüler Union (SU) kann sich da nicht ausnehmen, auch wenn sie als politische Schülerorganisation ein eingeschränkteres „Publikum“ und Themenfeld haben mag als die „großen“ politischen Jugendverbände wie Junge Union oder Jungsozialisten.

Die Arbeit und Ziele der Schüler Union lassen sich grob in drei Aspekten zusammenfassen. Zum einen sollen die Schülerinnen und Schüler lernen, sich für ihre

eigenen Interessen einzusetzen, ob gegenüber Lehrern und Schulleitern oder gegenüber Politik und Verwaltung. Zum zweiten soll das Interesse für die Demokratie und für die Mitwirkung an ihr geweckt und gefördert werden.



Christian Burkiczak:
Jugendliche für Politik gewinnen!

Nicht zuletzt geht es natürlich aber auch um die Auseinandersetzung mit denen, die andere politische Auffassungen vertreten bzw. gegensätzliche Ziele verfolgen. Die Schüler Union ist schließlich keine politisch neutrale Organisation, sondern versteht sich als liberal-konservative Schülervereinigung, deren Denken und Handeln auf christlich-demokratischen Grundsätzen beruht.

Dies bedeutet aber etwa nicht, daß sich die Schüler Union in eine inhaltliche Abhängigkeit von CDU und CSU begeben würde. Je nach Alter der Agierenden und je nachdem, auf welcher Organisationsstufe dies geschieht, verschiebt sich sicherlich der Akzent und die Priorität bei der Verfolgung der oben kurz skizzierten drei Ziele.

Gerade an der Basis, in den Kreisverbänden und den Schulgruppen, besteht der Hauptteil der Arbeit der Schüler Union darin, die konkreten Interessen der Schülerinnen und Schüler vor Ort zu vertreten. Dies können nun Probleme mit Lehrern oder der Schulleitung sein oder auch der Kampf für den Erhalt einer Schule. Genauso sorgt sich die Schüler Union aber zum Beispiel auch um den Erhalt von Jugendfreizeitanlagen. Jugendarbeit soll schließlich nicht nur politisch sein, sondern viele Angebote umfassen.

Interesse wecken für Mitwirkung an der Demokratie

Möglichkeiten, vor Ort konkrete Probleme anzugehen - oder sie gar zu lösen - sind sicherlich ein Grund, warum die Schüler Union attraktiv ist. Hier wird nicht nur diskutiert, hier wird gehandelt. Hier vor Ort gilt es auch, die Schülerschaft für die Demokratie und vor allem für die Mitwirkung an ihr zu gewinnen.

Das allgemeine Desinteresse an Politik, nicht nur unter Jugendlichen, sondern allgemein, erleichtert diese Aufgabe natürlich nicht. Die Schüler Union versucht, dem durch ihre Mitwirkungs- und Bildungsangebote entgegenzuwirken. Und meist finden etwa politische Abendveranstaltungen oder mehrtägige Tagungen und Seminare auch erfreulichen Zuspruch.

Bei den beschriebenen Bemühungen steht die Schüler Union oft allein dar. Die „offiziellen“ Schülervertretungen, zumal auf überörtlichen Ebenen, schrecken die meisten Jugendlichen durch ihr ideologisiertes Handeln ab. Eigentlich geschaffen, um überparteilich schulische Interessen und Anliegen aller Schülerinnen und Schüler zu vertreten, ohne dabei ein allgemeinpölitisches Mandat zu haben, sind die meisten Schülervertretungen, mindestens ab Bezirksebene, links bis linksradikal durchwirkt.

Ämter in Landesschülervertretungen und Ämter in Vorständen von sozialistischen bis kommunistischen Jugendorganisationen werden nicht selten von ein und denselben Personen wahrgenommen. Daß dabei Steuergelder in nicht unerheblicher Höhe zweckentfremdet werden, stört die meist sozialdemokratischen Landesregierungen aber nicht.

Wählen mit 16 Jahren?

Eine andere Möglichkeit, Jugendliche für Politik zu interessieren und zum Mitwirken zu bewirken, scheint in den Augen mancher die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre oder sogar noch darunter. Die Schüler Union lehnt dies entschieden ab. Wahlrecht allein kann politisches Interesse nicht wecken. Politisches Interesse ist vielmehr die Voraussetzung, um sein Wahlrecht verantwortungsvoll ausüben zu können.

Besser erscheint der Schüler Union da schon der Weg, über kommunale Jugendparlamente die Jugendlichen an das politische Geschehen heranzuführen. Auf den höheren Organisationsstufen, auf Länder- und Bundesebene, gilt das Hauptaugenmerk der Schüler Union sicherlich der inhaltlichen politischen Auseinandersetzung. Die meisten Landesverbände sehen sich konfrontiert mit einem sozialdemokratischen Kultusminister. Die Streitfragen braucht man da nicht lange zu suchen. Sei es der wohl ewig währende Streit um die Gesamtschule und der Kampf für das gegliederte Schulwesen, sei es die Forderung nach Verkürzung der Ausbildungszeiten oder der Erneuerung des Leistungsprinzips. Hinzu kommen immer wieder auch aktuelle Fragen, wie etwa die Reform der deutschen Rechtschreibung, die die Schüler Union vehement abgelehnt hat.

An das politische Geschehen heranzuführen

Auf diesen höheren Ebenen versucht die Schüler Union dann auch bevorzugt, ihren Mitgliedern Kontakt zur „großen“ Politik zu verschaffen. Nicht selten können prominente Politiker zum Beispiel zu Sitzungen des Bundeskoordinationsausschusses oder zu Landesversammlungen begrüßt werden. Da zeigt sich dann auch oft, wie wichtig den Politikern die Unterstützung ihrer jüngsten Mitstreiter ist. Die Schüler Union hat dabei schon die unterschiedlichsten Erfahrungen gemacht.

Alle drei genannten Hauptaspekte beschäftigen die Schüler Union seit ihrer Gründung in den siebziger Jahren unverändert. 1972 schlossen sich die Landesverbände der SU zu einem Bundesverband zusammen. Die Gründung vollzog

sich aber vor allem von unten nach oben. Nachdem im Zuge der Studentenunruhen die linke Welle auch auf die Schulen überzuschwappen drohte, schlossen sich überall Schülerinnen und Schüler zusammen, die die Zustimmung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung einte. Sie wehrten sich dagegen, daß nach den Universitäten auch noch die Schulen ideologisiert werden sollten. Betrachtet man heute die Situation an den Schulen, so muß man wohl sagen, die Schüler Union hat Erfolg gehabt. Sie ist die größte politische Schülerorganisation in Deutschland und die einzige, die einen seriösen Anspruch hat, politische Arbeit zu leisten.

Die Zeiten, da die Schüler Union in aller Munde war und selbst in den überregionalen Presseerzeugnissen regelmäßig Be-

achtung fand, sind sicherlich vorbei. Trotz aller Probleme hält die Schüler Union aber ihren Mitgliederstand von ca. 20.000 und kann zur Zeit sogar einen Aufwärtstrend beobachten. Die konstanten, teilweise steigenden Mitgliederzahlen sind um so positiver zu sehen, als die Verweildauer in der Schüler Union durch das Ende der Schulzeit recht begrenzt ist. Eine hohe jährliche Fluktuation muß stets kompensiert werden. Daß dies gelingt, und daß die SU auf allen Ebenen ein seriöses Politikangebot anbietet, spricht sicher dafür, daß die Schüler Union ein Erfolgsmodell politischer Jugendarbeit ist. ■

Anm.:

Christian Burkiczak ist Bundesvorsitzender der Schüler Union Deutschlands.

Abenteuer, weltweite Freundschaft und politische Bildung:

Der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder

Annette Scheunpflug

Ein evangelischer Pfadfinderverband - viele Gesichter:

- Kinder in Hessen treffen sich zu einer Wochenendfreizeit, die unter dem Motto „Das Handwerk“ steht. Drei Tage wird gewerkelt und gebastelt, ein Gildenabend gefeiert und ein großes Geländespiel inszeniert, um den Gildenbaum zu suchen.
- Eine Pfadfindergruppe aus Frankenthal verbringt ihre Gruppenstunden häufig im dortigen Asylbewerberheim. Seit Januar 1993 stellt diese Gruppe einmal wöchentlich mindestens einen Helfer für die Kinderbetreuung, und auch die Kinder dieses Pfadfinderstammes erleben ein Spielfest mit den meist aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Kindern dieses Wohnheimes.
- Eine Pfadfindergruppe aus Starnberg hingegen übt mehrere Wochen jeweils während der Gruppenstunde Pfadfindertechnik: Zelte aufbauen, Feuer machen, Bünde knüpfen und einen Kochtisch errichten.

- Im Juli 1995 treffen sich über 20.000 Pfadfinderinnen und Pfadfinder im Alter von 14 bis 18 Jahren in Dronten/Niederlande. Aus dem VCP sind 400 Jugendliche dabei. Insgesamt genießen 1000 deutsche Pfadfinderinnen und Pfadfinder die Möglichkeit, zehn Tage mit Jugendlichen aus allen Teilen der Welt zusammenzuleben und unter dem Motto „Future is now“ über die gesellschaftliche Zukunft in verschiedensten Facetten nachzudenken.
- Andere Pfadfindergruppen bereiten sich in derselben Zeit intensiv auf den jährlich stattfindenden Singewettstreit im Hamburger Kongreßzentrum vor. Bündisches und zeitgenössisches Liedgut wird vor begeistertem Publikum einer kritischen Jury vorgetragen.
- Zwei Pfadfinder aus Hamburg besuchen ihre Partnergruppe in Kamerun, die ein Selbsthilfeprojekt, eine Schneiderwerkstatt für sozial schwache Jugendliche, initiierte. Hamburger Pfadfinder haben in wochenlanger Arbeit dafür gesammelt und ihre Arbeitskraft etwa für Rasenmähen oder Autowaschen verkauft, um so die Bemühungen ihrer Kameruner Brüder und Schwe-

stern zu unterstützen. In der nun schon über zwei Jahre andauernden gemeinsamen Aktion konnten auch viele persönliche Kontakte gepflegt werden.

- Jeden Sommer gehen zahlreiche kleine Pfadfindergruppen, jeweils meist sechs bis acht Jugendliche, mit einem Gruppenleiter, der meist nur zwei Jahre älter ist, mit Fahrrädern, Kanus oder zu Fuß auf Fahrt. Ob in Mecklenburg-Vorpommern, ob auf „großer Fahrt“ im Ausland, die bündische Tradition der schwarzen Zelte, die aus vielen Planen zusammengeknüpft werden („Kohten“ und „Jurten“), das Tragen der Pfadfindertracht und die traditionell enge Naturverbundenheit lassen Pfadfinderinnen und Pfadfinder auch von Außenstehenden unschwer erkennen.

- Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag ist die Präsenz von Pfadfinderinnen und Pfadfindern unübersehbar. Unterschiedliche Pfadfinderverbände stellen 3500 Helferinnen und Helfer, der Helferdienst wird vom VCP organisiert. Nicht nur in der „Jugendkirche Michel“ wird das inhaltliche Profil dieses evangelischen Pfadfinderverbandes erkennbar.

Diese Schlaglichter auf verschiedene Aktivitäten im Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP) zeigen das Spektrum möglicher Aktivitäten: neben bündisch und traditionell-pfadfinderisch ausgerichteten Kinder- und Jugendgruppen gibt es entwicklungspolitisch, umweltpolitisch oder in offener Jugendarbeit engagierte Gruppen.

Pfadfinder in Deutschland - Pfadfinder weltweit

Der VCP hat etwa 47.000 Mitglieder in über 500 Städten, Gemeinden und Dörfern. Die Verantwortung für die Gruppenarbeit in kleinen Gruppen mit 6 bis 15 Mitgliedern tragen ältere Jugendliche und junge Erwachsene. Die Gruppen eines Ortes bilden eine „Gruppe am Ort“ oder einen „Pfadfinderstamm“. Der VCP ist 1973 aus den drei evangelischen Pfadfinderinnen- und Pfadfinderbünden „Evangelischer Mädchenpfadfinderbund“ (EMP), dem „Bund Christlicher Pfadfinderinnen“ (BCP) und der „Christlichen Pfadfinderschaft Deutschlands“ (CP), einem Jungverband, hervorgegangen.

Pfadfinder in Deutschland sind die nationale Ausprägung einer internationalen Bewegung. Über 30 Millionen Jugendliche aus über 140 Ländern sind im „Weltverband der Pfadfinderinnen“ und in der „Weltorganisation der Pfadfinderbewegung“ zusammengeschlossen. Die Pfadfinderarbeit ist damit die größte Jugendbewegung der Welt. Durch die bitteren Erfahrungen im Nationalsozialismus, als die Pfadfinderarbeit in Deutschland verboten wurde und bestimmte Formen der Pfadfinderarbeit in die Hitlerjugend übernommen wurden, wie beispielsweise das Pfadfindergesetz, das Pfadfinderversprechen und die Pfadfindertracht mit dem Halstuch, machen es deutschen Pfadfindern

In kaum einem Jugendverband spielen hauptberufliche Beschäftigte und Erwachsene eine derart dienende und untergeordnete Rolle wie bei deutschen Pfadfinderinnen und Pfadfindern (im VCP kommen auf ca. 47.000 Mitglieder etwa 40 hauptberuflich Beschäftigte). Die Gruppen vor Ort werden überwiegend von den Jugendlichen selber geleitet. Erwachsene haben vor allem die Funktion, die Räume für diese selbstbestimmte Arbeit zur Verfügung zu stellen. Pfadfinder lernen schnell, selber Verantwortung zu übernehmen und die **Folgen ihres eigenen Tuns abzuschätzen**. In Deutschland existieren - neben weiteren kleinen Pfadfinderbünden - vier große Pfadfinderverbände, die Mitglieder in der Weltorgani-



Jugendliche bei einem internationalen Treffen

heute schwer, einige scoutistische Elemente ungebrochen wieder aufleben zu lassen. Ausländische Pfadfinder wundern sich manchmal, daß es bei deutschen Pfadfindern kein Pfadfindergesetz und keinen Fahnenappell gibt.

Umgekehrt unterscheidet sich die deutsche von der internationalen Pfadfinderbewegung durch ihre Nähe zur deutschen Jugendbewegung, zur bündischen Jugend und zu den **Idealen der deutschen Reformpädagogik**.

sation der Pfadfinder und im Weltverband der Pfadfinderinnen sind: die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) sowie die Pfadfinderinnenschaft Sankt Georg (PSG), die beide in den Strukturen der katholischen Kirche arbeiten, der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP) als evangelische Pfadfinderbewegung sowie der Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder (BdP) als nicht kirchlich gebundene Organisation. Zusammen haben diese Verbände über 220.000 Mitglieder im Kinder- und Jugendalter.

Sie sind im „Ring deutscher Pfadfinderinnenverbände“ und im „Ring deutscher Pfadfinderverbände“ zusammengeschlossen und in den Strukturen des Deutschen Bundesjugendrings, der Landes- und Kreisjugendringe vertreten und damit gesellschafts- und jugendpolitisch eingebunden.

Pädagogische Prinzipien

Die Pfadfinderarbeit geschieht in kleinen Gruppen, denn diese sind für den einzelnen überschaubar und bieten Möglichkeiten, sich selbst im Korrektiv der Gruppe zu erfahren, ohne in ihr unterzutau-chen. Entsprechend den unterschiedlichen Anforderungen aufgrund des Alters der Mitglieder werden drei Gruppen unterschieden: die Kinderstufe (6 - 10 Jahre), die Pfadfinderstufe (10 - 15 Jahre) und die Ranger-/Roverstufe (ab 15 Jahren). „Learning by doing“ ist ein wichtiges Element pfadfinderischer Pädagogik.

Als pädagogische Erziehungsbewegung ermöglicht Pfadfinderarbeit, die Fähigkeiten des einzelnen Jugendlichen zu entfalten, neue Räume zu erobern, sich in Gruppen sinnvoll einzugliedern und die eigene Identität zu erfahren. Abenteuer auf Fahrt und Lager, Naturerlebnisse, Begegnungen mit unterschiedlichen Menschen im In- und Ausland und gesellschaftliches Engagement sind die Inhalte, die Pfadfinderarbeit ausmachen. „Learning by doing“ ist als pfadfinderische Methode ein wichtiges Prinzip der Gruppenarbeit. Die kleine Gruppe und der partnerschaftliche Leitungsstil bilden für diese Lernerfahrungen den nötigen Rahmen.

Pfadfinder und Evangelium

„Das Evangelium von Jesus Christus ist Orientierungshilfe für den einzelnen und die Arbeit im Verband. Ständige Auseinandersetzung mit der Christlichen Botschaft hilft, die Praxis des Verbandes stets neu zu befragen. Das ermöglicht die Hinwendung zum Nächsten und die Überwindung von unberechtigten Abhängigkeiten, Schuldgefühlen, Gruppenzwang und Angst“ - mit diesen Worten wird die christliche Grundorientierung des VCP in „Aufgabe und Ziel“, der Willenserklärung des Verbandes in der Bundesordnung, beschrieben.

Erlebbar wird das Evangelium für Jugendliche in den Gruppenstunden, in der jugendgemäßen Verkündigung auf Lagern und Freizeit und durch die in der internationalen Pfadfinderbewegung mögliche ökumenische Zusammenarbeit. **Der konziliare Prozeß „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“** ist gerade für Pfadfinderinnen und Pfadfinder zu einem Identifikationspunkt ihres Glaubens geworden, da hier traditionelle Elemente der Pfadfinderarbeit mit der Auseinandersetzung mit der christlichen Botschaft zusammenkommen.

Der ökumenische und der interreligiöse Dialog mit orthodoxen, koptischen, jüdischen, moslemischen, hinduistischen und buddhistischen Pfadfinderinnen und Pfadfindern trägt darüber hinaus zur Reflexion der eigenen christlichen Wurzeln und der des Christentums im Abendland bei.

Die organisatorische Ausprägung dieser inhaltlichen Verpflichtung zeigt sich in der Mitarbeit des VCP in den Strukturen der Evangelischen Kirche. Viele Pfadfindergruppen werden von Kirchengemeinden unterstützt, die ihnen Räume in Gemeindehäusern zur Verfügung stellen.

Pfadfinder und gesellschaftliches Engagement

Die Landesbüros sind häufig in Dienststellen der entsprechenden Landeskirchen und ihren Jugendstrukturen angesiedelt. Der VCP ist in den Landesjugendkonventen der Landeskirchen vertreten und arbeitet auf Bundesebene in der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ) mit. Viele erwachsene Pfadfinder engagieren sich in Kirchengemeinden.

Pfadfinderarbeit ist geprägt durch gesellschaftliches Engagement. Waren es zunächst die große traditionelle Naturverbundenheit und das internationale Engagement für Völkerverständigung, die das gesellschaftliche Engagement der Pfadfinderarbeit ausmachten, so sind es heute eigentlich kaum andere Themen, wenngleich in anderer Semantik: Ökologie, Umweltpolitik, Entwicklungspolitik und internationaler Frieden.

Durch die von Erwachsenen weitestgehend unabhängige Organisationsform

ist dieses gesellschaftliche Engagement manchmal entschieden, vielleicht auch unausgewogen - aber immer voller Idealismus politisch, ohne parteipolitisch zu sein (es besteht nur ein **Unvereinbarkeitsbeschluß der Mitgliedschaft im VCP und bei den Republikanern**).

Durch das Übernehmen eigener Verantwortung in einem demokratisch organisierten Verband lernen Jugendliche schnell, was es heißt, Kompromisse auszuhandeln, gemeinsame Ziele abzustechen und die durch Demokratie entstehenden Spannungen im fruchtbaren Dialog auszuhalten.

Politische Bildung bei Pfadfinderinnen und Pfadfindern und das Einüben einer demokratischen Grundhaltung geschieht daher auch durch „Learning by doing“.

In Zeiten, in denen die verbandliche Jugendarbeit angesichts der Pluralisierung und Individualisierung jugendlicher Lebenswelten bundesweit starke Mitglieder einbußen hinnehmen muß, wachsen Pfadfinderverbände.

Das inhaltliche Angebot von Freiheit, Kreativität und Abenteuer durch Gruppenarbeit mit nur wenig älteren Jugendlichen, durch selbständige Freizeiten und Fahrten, durch eigenständige politische Erfahrungen sowie durch intensive Naturerlebnisse auf der einen Seite, sowie klaren Formen durch Gruppenregeln, Verbandsstrukturen und die Einbettung in eine internationale Bewegung auf der anderen Seite, bieten eine Mischung aus Selbstbestimmung und Orientierung, die Jugendliche zu schätzen wissen und gerne annehmen.

In dieser Mischung ist die Pfadfinderarbeit ein gelungenes Angebot für Jugendliche, die in der pluralen Erlebnisgesellschaft, die Orientierungen so schwermacht, auf der Suche nach einer eigenen Identität sind. ■

Anm.:

Dr. Annette Scheunpflug hat mehrere Jahre ehrenamtlich in der Leitung des Verbandes gearbeitet. Sie ist Mitglied der Jugendkammer der EKD.

Buchtip

Erika Schuchardt/Lew Kopelew:
Die Stimmen der Kinder von
Tschernobyl.
Geschichte einer stillen Revolution.
Herder Verlag, Freiburg 1996.
ISBN 3-451-04476-5



Botschaften aus Tschernobyl: 1500 Stimmen aus Begegnungen mit den Kindern, ihren Eltern, Gasteltern und Politikern in Weißrußland, der Ukraine und Deutschland.

Ein engagiertes Dokument der Menschlichkeit: Eigenständig, präzise, wissenschaftlich, leidenschaftlich publizistisch und zugleich lyrisch.

Diese Botschaften aus Tschernobyl richten sich an Staatsmänner, Politiker, Journalisten und alle Menschen guten Willens. Mit dem Kauf dieses Buches unterstützen Sie die Arbeit zugunsten der Kinder von Tschernobyl und ihrer Eltern in Weißrußland und der Ukraine. ■

Papst Johannes Paul II. besucht das wiedervereinigte Deutschland

Eduard Lohse

Im Juni dieses Jahres wird Papst Johannes Paul II. zum dritten Mal die Bundesrepublik und zum ersten Mal die Christen im wiedervereinigten Deutschland besuchen.

Die evangelischen Christen nehmen aufmerksam an den Begegnungen teil, die für die kurzen Tage seines Aufenthalts vorgesehen sind, und freuen sich darüber, daß unsere katholischen Schwestern und Brüder in ihrem Glauben und ihrer Treue zur Kirche gestärkt werden sollen. Mit Respekt sehen wir, wie Johannes Paul II. ungeachtet seiner angegriffenen Gesundheit sein weltweites Bischofsamt mit großem Einsatz seiner Person und aller Kräfte wahrnimmt und seine apostolischen Visiten stets mit dem Ziel durchführt, die Botschaft des Evangeliums vor allem Volk zu Gehör zu bringen.

Unser brüderliches Gebet geht darum dahin, der Besuch möchte sich segensreich auswirken, die Gemeinschaft innerhalb der katholischen Diözesen festigen, aber auch die ökumenische Verbundenheit, die für uns alle von so hoher Bedeutung ist, bekräftigen.

Wer das politische Geschehen, das die trennenden Grenzen zwischen West und Ost niedergelegt hat, aufmerksam verfolgte, wird bemerkt haben, daß der Papst an dieser positiven Veränderung nicht unbeträchtlichen Anteil gehabt hat. Denn stets hatte er zum Ausdruck gebracht, die Christenheit könne sich niemals mit einem Freund-Feind-Denken abfinden, sondern sehe sich dazu aufgerufen, Trennungen und Schranken, die Völker voneinander scheiden, zu überwinden.

Das hohe Ansehen, das Johannes Paul II. in seiner polnischen Heimat, aber auch in vielen anderen osteuropäischen Ländern genießt, hat spürbar dazu beigetragen, daß sich Kräfte des Widerstands gegen marxi-

stische Überfremdung der Gesellschaft regten und in zunehmendem Maß Gehör zu verschaffen wußten. Insofern hat der unermüdete Einsatz des Papstes in beachtlichem Maß dazu beigetragen, demokratischem Denken und Handeln in den Ländern, denen eine Staatssozialismus aufgenötigt worden war, Bahn zu brechen.

Für diesen Einsatz schulden wir alle dem Papst unseren dankbaren Respekt. Nach der Wende sind inzwischen die römisch-katholischen Diözesen in Deutschland neu geordnet worden, so daß der wieder gewonnenen staatlichen Einheit Rechnung getragen und alle Teile unseres Landes in eine flächendeckende Diözesanordnung eingefügt worden sind. Dabei sind manche Zuständigkeiten verändert worden, so daß überall die Bischöfe in relativ überschaubaren Bereichen ihre Aufgaben wahrnehmen können.

Diese Ordnung der katholischen Kirche ist auch für die ökumenische Zusammenarbeit in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Bedeutung. Die hieraus erwachsenden Möglichkeiten sollten in positivem Sinn genutzt werden, um die Gemeinsamkeit aller Christen zu suchen und deutlicher auszubilden.

Gute Kontakte weiterentwickeln

Durch den Besuch des Papstes und seine persönliche Zuwendung zu den Bistümern im nunmehr vereinigten Deutschland wird der neuen kirchenrechtlichen Ordnung Rechnung getragen und gebührende Beachtung geschenkt. Für uns evangelische Christen ist es wichtig, diese Strukturen der katholischen Kirche zu kennen und zu wissen, wo jeweils die verantwortliche Leitung der Diözesen und auch der katholischen Deutschen Bischofskonferenz zu finden ist. Denn es gilt, die guten Kontakte, die in vielen Jahren vertrauensvoller Zusammenarbeit aufgebaut wurden, unter den nun gültigen Bedingungen weiterzuentwickeln.

Wir wissen, daß innerhalb unserer katholischen Schwesterkirche manche Fragen und Erwartungen an Rom gerichtet werden, und möchten zuversichtlich hoffen, daß es zu einem von gegenseitigem Verständnis getragenen und auf die Zukunft gerichteten Dialog kommen möge, der das Leben der Gemeinden befruchtet und nicht zuletzt auch die ökumenische Gemeinschaft aller Christen fördern wird. Kritische Stimmen äußern manche Enttäuschung darüber, daß es nicht schneller mit der **Förderung der Ökumene** vorangeht. In unseren Kirchen wird manche durchaus verständliche Ungeduld laut. Wird der Besuch des Papstes diesem verbreiteten Unbehagen Rechnung tragen und dazu helfen, es wenigstens zu einem Teil überwinden zu können?

Sowohl der erste Besuch, zu dem Johannes Paul II. 1980 nach Deutschland kam, wie auch die zweite Begegnung, die 1987 mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in Augsburg stattfand, haben gemeinsames Bemühen ausgelöst bzw. verstärkt.

In Mainz hat Johannes Paul II gesagt: „Alle Dankbarkeit für das uns Verbleibende und Verbindende darf uns nicht blind machen für das, was immer noch trennend zwischen uns steht. Wir müssen es möglichst miteinander ins Auge fassen, nicht um Gräben zu vertiefen, sondern um sie zu überbrücken... Der Wille Christi und die Zeichen der Zeit drängen uns zu einem gemeinsamen Zeugnis in wachsender Fülle der Wahrheit und Liebe.“

1987 fügte er hinzu: „Danken wir für alle Einheitsgnaden, die der Geist der Wahrheit uns bereits geschenkt hat. Bitten wir um Verzeihung dafür, daß wir uns nur unzulänglich von diesen Gnaden haben ergreifen, beseelen und bewegen lassen. Danken wir für alle Schritte, die uns in den letzten Jahren der größeren Einheit nähergebracht haben.“

Indem wir uns an diese vorwärtsweisenden Worte dankbar erinnern, richten wir unsere gespannte Aufmerksamkeit darauf, wie der Papst nun an diese Sätze anknüpfen und die Begegnung mit den Repräsentanten der evangelischen Kirche zu einer **ökumenischen Ermutigung** nutzen wird. Denn in der Zwischenzeit sind viele theologische Gespräche geführt worden,

die dem Ziel dienen sollen, aus der Vergangenheit überkommene Hindernisse abzubauen und das Maß der alle Christen verbindenden Gemeinsamkeit zu verbreitern. Werden diese Bemühungen die erhoffte Anerkennung finden? Und wird es möglich sein, Wege zu finden, daß die Christen aus den (noch) getrennten Kirchen enger zusammenkommen?

In einer Zeit zunehmender Ungewißheit über die elementaren Fragen des Lebens und wachsender Sorge angesichts einer dunkel erscheinenden Zukunft sind die **Aufgaben**, denen alle Christen miteinander zu dienen haben, **in erheblichem Umfang gewachsen**.

Viele Anstrengungen sind von katholischen und evangelischen Christen in gemeinsamen Aktivitäten unternommen worden, um über die Lösung drängender sozialer Probleme, die Verbindlichkeit ethischer Orientierung und ein deutliches christliches Zeugnis zu gemeinsamen Aussagen zu kommen.

Das Evangelium hat uns zusammengeführt und hält uns beieinander. Wie kann dem froh und frei machenden Charakter dieser guten Nachricht im Hören auf die Botschaft der Heiligen Schrift und in einem von Zuversicht getragenen und Hoffnung stiftenden Dienst besser als bisher Ausdruck gegeben werden?

Signale der Ermutigung

An einen Besuch, der in einem äußerst konzentrierten Programm in wenigen Tagen ablaufen muß, dürfen gewiß nicht zu hohe Erwartungen gerichtet werden. In knapp bemessener Zeit können nicht alle Probleme bedacht und einer Lösung näher gebracht werden. Aber es würde viel bedeuten, wenn vernehmbare Signale der Ermutigung gegeben werden könnten, die Zuversicht stärken und in die Zukunft weisen können.

Mancherlei Ansätze, die voranhelfen können, sind in jüngster Zeit gefunden worden - in freundschaftlichem Zusammenwirken einander benachbarter katholischer und evangelischer Kirchengemeinden, in gemeinsamem Gebiet und Studium der biblischen Botschaft, in sozialem und diakonischem Einsatz und nicht zuletzt auch in sorgfältiger theolo-

gischer Arbeit, die die nach wie vor bestehende gemeinsame Basis in den Blickpunkt rückt und dadurch dazu hilft, **alte Trennungen zu überwinden**.

Ein wichtiges Beispiel solcher Bemühungen, die zu gemeinsam verantworteten Erklärungen führen, sei genannt. Aus intensiven Gesprächen, die zwischen den **evangelisch-lutherischen Kirchen der Welt und dem Päpstlichen Rat für die Einheit der Christen** geführt wurden, ist ein **Dokument** erwachsen, das zu dem alten Streit über das Verständnis von der Rechtfertigung des Menschen vor Gott mit neuen Worten zu reden imstande ist.

Der im vergangenen Jahr verabschiedete Text bedarf noch der verbindlichen Rezeption von seiten der Leitung beider Kirchen. Sein Inhalt beweist jedoch, wie es durch partnerschaftliche und zugleich kritische Zusammenarbeit möglich geworden ist, einen tragfähigen Konsens miteinander auszusprechen.

Ökumenische Bemühungen

In diesem Dokument wird gezeigt, wie die Partner aufgrund des Dialogs „nunmehr imstande sind, ein gemeinsames Verständnis der Rechtfertigungslehre zu vertreten und zu artikulieren“ (5). Denn: „Gemeinsam bekennen wir: Allein aus Gnade und im Glauben an die Heilstat Christi, nicht auf Grund unseres Verdienstes, werden wir von Gott angenommen und empfangen den Heiligen Geist, der unsere Herzen erneuert und uns befähigt und aufruft zu guten Werken.“ (14)

Und weiter wird gesagt: „Wir sind auch der gemeinsamen Überzeugung, daß die biblische Botschaft von der Rechtfertigung uns in besonderer Weise auf die Mitte des neutestamentlichen Zeugnisses von Gottes Heilshandeln in Christus verweist: Sie sagt uns, daß wir als Sünder allein aus der vergebenden und neuschaffenden Barmherzigkeit Gottes leben, die wir uns nur schenken lassen und im Glauben empfangen, aber nie - in welcher Form auch immer - aus eigenen Kräften verdienen können.“ (16) „Darum ist auch die Lehre von der Rechtfertigung, die diese Botschaft aufnimmt und entfaltet, nicht nur ein Teilstück im Ganzen der Glaubenslehre.“

Sie hat zugleich umfassende kritische und normative Funktion, sofern sie die gesamte Lehre und Praxis der Kirche unablässig auf die Mitte des biblischen Christuszeugnisses hin orientiert.“ (17)

Unterschiedliche Auffassungen

Beide Seiten übersehen nicht, daß ungeachtet dieser fundamentalen Übereinstimmungen manche Unterschiede der Auffassung fortbestehen, wie es diese in vergleichbarer Weise auch unter Theologen gibt, die derselben Konfession angehören. Solche Verschiedenheiten, über die weiter nachzudenken ist, können jedoch das Maß der gewonnenen Gemeinsamkeit nicht beeinträchtigen.

Darum kann abschließend erklärt werden, „daß die lutherische Lehre nicht mehr von den diesbezüglichen Verwerfungen des Trienter Konzils getroffen wird und daß die diesbezüglichen Verwerfungen der lutherischen Bekenntnisschriften nicht mehr die römisch-katholische Kirche treffen.“ (43)

Einheit der Christen

Ökumenische Bemühungen, die Schritt für Schritt das Maß verbindender Gemeinschaft zu vergrößern suchen, dürfen sich nicht entmutigen lassen, weil es ein langer Weg ist bis zu Erreichung des Ziels. Auf dieses Ziel - daß alle eins sein mögen - hat der Papst kürzlich in einer Enzyklika über den Einsatz für die Ökumene hingewiesen und dabei nachdrücklich die Verpflichtung unterstrichen, daß auf dem Weg in das vor uns liegende neue Jahrtausend wir alle die Aufgabe der Einheit der Christen fest im Blick zu behalten haben.

Darum ist es unser aufrichtiger Wunsch und unser herzliches Gebet, daß der vor uns liegende Besuch von Johannes Paul II. einen deutlich spürbaren Impuls geben möchte, die ökumenische Gemeinschaft der Christen gerade auch in unserem Land voranzubringen. ■

Anm.:

Prof. Dr. Eduard Lohse ist ehem. Ratsvorsitzender und Landesbischof i. R.

Die ökumenischen Konferenzen in Erfurt und Graz

Dr. Klaus Lefringhausen

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, das waren die Leitbegriffe des konziliaren Prozesses, der einst von Carl-Friedrich von Weizsäcker angestoßen wurde, zu den großen ökumenischen Konferenzen in Basel und Seoul führte und 1989 schließlich in der DDR zur 'Wendetheologie' gehört hatte.

Dieser Konziliare Prozeß zeigt neue Vitalität und wagt einen Doppelschritt nach vorn:

1. Die Erfurter Ökumenische Versammlung, die sich vom **13.-16. Juni 1996** unter dem Motto 'Versöhnung suchen - Leben gewinnen' vor allem den innenpolitischen Aufgaben der Entfeindung stellen wird.

2. Die Europäische Ökumenische Versammlung, die vom **23.-29. Juni 1997 in Graz** unter dem Leitwort 'Versöhnung: Geschenk Gottes und Quelle neuen Lebens' tagt. Sie wird sich vor allem mit den Turbulenzen zwischen osteuropäischen Ethnien, Konfessionen und Religionen mit der West-Ost-Wohlstandsmauer, mit der Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union und mit der Ostausdehnung der NATO befassen.

Die Grazer Versammlung knüpft an die Baseler Konferenz von 1989 an und wird deshalb oft Basel II genannt. Doch sie wird die Baseler Debatte nicht einfach wiederholen, sondern ganz neu ansetzen,

- weil das Ende der geostrategischen Bipolarität in Ost- und Westeuropa ein Machtvakuum und eine Orientierungskrise geschaffen hat,
- weil die sozialen Gegensätze, die nun nicht mehr von einem ideologischen Großkonflikt überdeckt werden, an Sprengkraft gewinnen,
- und weil ein globaler Kulturkampf zum beherrschenden Folgekonflikt zu werden droht.

Der Kontext

Die ökumenischen Versammlungen finden im Kontext eines dichten politischen Geschehens statt:

1. Der 10. Jahrestag von Tschernobyl am 26. April 1996 wird in Erinnerung rufen, daß immer noch 800 000 Kinder auf verseuchtem Boden leben. Tschernobyl wurde zum Symbol der Zukunftängste, die sich auch an Namen festmachen ließen wie Biblis, Sandoz, Sibirien, Exxon und Valdez.

2. Erinnerungswürdig ist auch der erste von sieben Kreuzzügen, der vor 900 Jahren anno 1096 stattfand. Sie haben sich tief in das Langzeitgedächtnis der Menschheit eingegraben und wirken auch heute noch kräftig nach, denn sie haben den Weg von der Antixistenz über die Koexistenz zur Proexistenz der Religionen sehr weit gemacht.

3. Das Konsultationsverfahren der beiden Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland soll in einer desintegrierenden Gesellschaft wieder zur Perspektive des Ganzen verhelfen. Es führt am Jahresende zu einem endgültigen Kirchenwort, das die Rolle eines sozialen Kursbuches für Deutschland erhalten könnte.

4. Die Europäische Versammlung der Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP) befaßt sich im Oktober 1996 in Budapest mit dem Thema 'Religionen für eine gerechte Wirtschaftsordnung'. Sie wird mit der Illusion aufräumen, die Bewahrung der Schöpfung sei auch ohne multireligiöse Kooperation möglich.

5. Der Leipziger Kirchentag findet 1997 fast gleichzeitig mit der Grazer Versammlung statt. Er soll zum Muster für einen sensiblen deutsch-deutschen Umgang werden.

6. Das 3000. Jubiläumsjahr der Stadtgründung Jerusalems wird bis Ende 1996 gefeiert - gegen die Feinde von einst oder mit den Nachbarn von morgen? Diese 'Stadt des Friedens' wird nun zum Härtesten für die Friedensfähigkeit der drei abrahamitischen Religionen, wenn ab Mai 1996 über den künftigen Status der Stadt verhandelt wird.

7. Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes wird im Juli 1997 in Hongkong vermutlich dem bikonfessionellen Vorschlag folgen, den katholisch-evangelischen Gegensätzen die Schärfe zu nehmen, so daß die Konfessionen versöhnungsfähiger werden.

8. Die UN-Generalversammlung wird sich 1997 mit nachhaltigem und überlebensfähigem Wirtschaften (sustainable economy) befassen und damit ein zentrales Thema ökumenischer Ethik aufgreifen.

9. Der **Ökumenische Rat der Kirchen** wird im August 1998 in Harare feierlich die **50. Vollversammlung** begehen und dabei an der Vision des Halbjahres anknüpfen.

10. Mit den EU-Verhandlungen über die Osterweiterung, über die Assoziierung des Mittelmeerraumes und über die Mitgliedschaft in der für 1999 geplanten Währungsunion werden fundamentale Weichenstellungen für das künftige Europa vollzogen.

11. Der Papst hat zum Ökumenischen Jahr 2000 aufgerufen. Vorgesehen sind multireligiöse Begegnungen sowie eine gemeinsame Pilgerfahrt von Kirchenführern nach Jerusalem.

12. Wirtschaft und Politik werden das neue Jahrtausend mit der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover eröffnen. Ökumenische Initiativen wollen dabei deutlich machen, daß Deutschland mehr ist als eine marktzentrierte Gesellschaft.

So können die Ökumenischen Versammlungen, umrahmt von anderen Großereignissen, nur dann öffentliches Gehör finden, wenn sie Relevantes zur vorgegebenen Tagesordnung der Welt zu sagen haben.

Das Erfurter Leitwort 'Versöhnung suchen - Leben gewinnen' soll keine neue Harmoniewelle auslösen, doch verhin-

Ökumenischer Kirchentag

In der Lutherstadt Eisleben findet vom 21. bis 23. Juni ein „Gemeinsamer Kirchentag der Evangelischen und Katholischen Kirchen“ statt. Anhalts Kirchenpräsident Helge Klassohn, der Magdeburger evangelische Bischof Christoph Demke und sein katholischer Kollege Leo Nowak schreiben in ihrer Einladung: „Anlaß ist der 450. Todestag von Martin Luther, der in Eisleben geboren wurde und gestorben ist. In einer Zeit vielfacher Spannungen und Spaltungen wollen wir mit diesem Kirchentag im Glauben erlebte Gemeinschaft feiern.“

Der Kirchentag möchte zu einem ökumenischen Ermutigungsfest werden. Bibelarbeiten halten der jüdische Theologe Pinchas Lapide, seine evangelischen Kollegen Heinz Zahrnt und Dorothee Sölle sowie die Katholikin Hanna-Renate Laurien.

In einem der Arbeitskreise geht es um das Thema „Eine ökumenische Reformation?“ Am „Markt der Möglichkeiten“ kann sich beteiligen, wer sich bis zum 31. März angemeldet hat.

Kontakt: Gemeinsamer Kirchentag,
Vorbereitungsausschuß Pfarrer Leipolt,
Petrikerplatz 22
06295 Eisleben

dern helfen, daß der konziliare Prozess zum Weg der Rechthaber wird, daß ein ethischer Rigorismus in Kirche und Gesellschaft wertvolle Kräfte bindet und daß das, was einst als christlicher Aufbruch gedacht war, in Bündnis-, Kooperations- und Politikunfähigkeit erstickt.

Der Versöhnungsimpuls müßte helfen, sich verdächtigungsfrei zu begegnen und solche fähig zu machen, Bündnisse für die Zukunft zu schließen, bei denen das, was unterscheidet, nicht mehr trennt. Versöhnte ziehen sich nicht in die Wagenburg von Ressentiments zurück, sondern machen sich erreichbar - auch verletzbar. Sie setzen Ethik nicht als moralische Waffe ein und sind im Gegensatz zu ab- und ausgrenzenden Ideologien fähig zu Grenzüberschreitungen, zum Brückenbau, zum Perspektivenwechsel und zur Entfeindung. Versöhnung setzt integrierende Kräfte frei, bündelt Energien, macht Bündnis-, kooperations- und politikfähig und sucht nicht eine Sonder-Identität durch Ab- und Ausgrenzung.

Genau das braucht die Gesellschaft, denn sie ist fünffach gespalten:

- horizontal in soziale Schichten,
- vertikal in berufsbezogene Interessenlager,
- geographisch durch die soziale und emotionale Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland,
- zeitlich durch einen unerklärten Krieg der lebenden gegen die künftige Generation,
- zusätzlich durch den Konflikt der Geschlechter.

Ob die Christen Bindekraft aufbringen, wird sich in Erfurt erweisen. Bisher jedenfalls haben sie Anlaß genug, über den eigenen statt über fremde Schatten zu springen, denn immer noch trennen Gräben des Mißtrauens amtskirchliche, gemeindliche und gruppengeprägte Frömmigkeitsstile. Es dominieren Distanzvokabeln, es vertiefen sich Vertrauenslücken und es herrschen Mechanismen, die eigene Identität auf Kosten anderer zu stabilisieren. Und eine spa-

rende Kirche muß für das ein Beispiel setzen, was sie der Gesellschaft als „nicht-zerstörerischen Umgang mit Interessengegensätzen“ empfiehlt.

Das Erfurter Programm

Zur Ökumenischen Versammlung werden nicht nur Delegierte erwartet, sondern auch sonstige Interessierte. Einige von ihnen planen, als Pilgergruppen anzureisen.

Das Motto 'Versöhnung suchen - Leben gewinnen' wird in vier Hauptthemen entfaltet:

- Versöhnung suchen - Leben gewinnen
- in den Spannungen und Spaltungen der Kirchen,
 - angesichts wachsender Ausgrenzung in unserer Gesellschaft,
 - zwischen Völkern und Nationen in Europa,
 - in den globalen Krisen in der Einen Welt.

Die Erfurter Konferenz würde echolos verhalten, wollte sie alle Probleme dieser Welt flächendeckend benennen. Zudem würde sie Lernverweigerern willkommenende Gelegenheit bieten, sich durch Kritik an Details dem eigentlichen Anspruch zu entziehen.

Die Grazer Versammlung

Spätestens auf der Grazer Versammlung 1997 wird es einen multireligiösen Akzent geben müssen, weil Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung keine christlichen Monopol-Themen sind und sich die Christen ohne Kooperation mit anderen Religionen an ihnen verheben würden. Zudem wird die Grazer Versammlung zu einem multireligiösen Lernfeld, denn der Versöhnungsbedarf Osteuropas hat ganz wesentlich mit Konfessionen, Religionen, Ethnien und Kulturen zu tun.

Sie wird aber auch zum Lernfeld der Westeuropäer, denn dort werden sie merken, daß zumindest der geographische Mittelpunkt Europas nicht zwischen Rhein und Seine, sondern in Litauen liegt.

In Graz wird ebenfalls zur Sprache kommen, daß die Kirchen noch kein eigenes Krisenmanagement geschaffen haben, obwohl **fast alle Konflikte auch religionspolitische Dimensionen haben**. Gerade deshalb ist die Europäische Ökumenische

Konferenz nach Graz, also nahe an das osteuropäische Pulverfaß, gelegt worden. Immerhin streiten sich die GUS-Staaten an zwanzig der dreiundzwanzig Grenzen. Und im Inneren bilden ungeschützte Minoritäten, Kulturkämpfe, militante Autonomieansprüche und sozialer Absturz großer Bevölkerungsgruppen politische Minenfelder. Dabei befinden sich etliche Kirchen in unheiligen, nationalistischen Allianzen und polarisieren vorhandene Konflikte bis hin zur kollektiven Selbstschädigung. Notwendig wäre so etwas wie eine KSZR, also eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Religionen.

Die Zivilgesellschaft

Mit den Ökumenischen Versammlungen sind die Probleme noch nicht vom Tisch. Deshalb gibt es Überlegungen, das ökumenische Konferenzgeschehen von Erfurt und Graz sowie den Konsultationsprozeß der beiden Kirchen in einen christlich-sozialen Kongreß, der vielleicht alle vier Jahre tagt, einmünden zu lassen, also in eine Plattform, von der eine gesellschaftspolitische Suchbewegung ausgehen kann zwischen den Kirchen, kirchlichen Werken, kirchennahen Gruppen sowie Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien.

Ohnehin gerät der konziliare Prozeß in den Trend zur Zivilgesellschaft. Mit dem üblichen zeitlichen Vorsprung von fünf Jahren ist sie bereits in den USA ein Faktor der Innenpolitik und als eigenständige Kraft gegenüber Politik, Wirtschaft und Technik etabliert.

In der Zivilgesellschaft beanspruchen Vereine, Bürgerinitiativen, berufsständische Zusammenschlüsse, religiöse und soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen eine eigene Themensetzungs-kompetenz und eine Subjektrolle in der Zukunftsverantwortung.

Sie will durch Mittun die lähmenden und vagabundierenden Ängste überwinden - die Abstiegsängste, die Orientierungsängste, die Modernisierungsängste und die Vereinsamungsängste. Sie will andererseits Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik abtrotzen, um in Zukunftsfragen mehr Mitsprache zu erhalten.

Mit der Zivilgesellschaft deutet sich also eine Mentalitätswende an. Sie will als dritte Säule der Gesellschaft die politisch-ökonomische Koalition der Zukunftsgestaltung auflockern und sich gegenüber den 'Sachzwangverwaltern' in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einen Freiraum für humanere Gesellschaftsentwürfe erobern.

Dabei muß sich die Zivilgesellschaft in einem Zweifrontenkrieg behaupten, denn sie hat den Rückzug in die unpolitische Privatheit der Selbstverwirklicher zu bekämpfen und gleichzeitig wird sie gegen die ökonomisch-politische Kolonisierung des marktzentrierten Parteienstaates aufstehen. Zur Zeit ist die **Zivilgesellschaft** noch ein **Suchbegriff**. Er könnte jedoch bald zum Kampfbegriff werden, wenn ihr der Spießrutenlauf jeder neuen Idee zugemutet wird, nämlich erst ignoriert, dann belächelt, dann bekämpft und dann für selbstverständlich gehalten zu werden.

Der Staat wird sie einerseits als Provokation auffassen, doch als Staat der leeren Kassen ist er auch daran interessiert, daß sie das Soziale wieder aufforset, Lebensbeziehungen aufwertet, Kommunikation pflegt, Freiräume fürs Mittun eröffnet, Autonomie in Sinnfragen zurückgewinnt und den egozentrischen Individualismus eindämmt. Sie wird auch in der Kirche erhebliche Konflikte auslösen, denn einige erwarten, daß die Kirche zum Kristallisationskern dieser neuen Formierung wird. Andere befürchten eine gesellschaftspolitische Instrumentalisierung der Kirche.

Eine Zivilgesellschaft, die Vermachtungen lockert und Chancen der Partizipation eröffnet, wird ein theologisches Echo finden, weil sie indirekt den ökumenischen Leitbegriff von der verantwortlichen und für die Mitgestaltung offenen Gesellschaft wieder aufgreift. Die katholische Soziallehre wird in ihr wichtige Impulse zurück zur solidarischen und subsidiären Gesellschaft sehen. Jedenfalls werden die Konferenzen in Erfurt und Graz der Zivilgesellschaft einen Schub geben und umgekehrt von ihr erhalten. ■

Anm.:

Dr. Klaus Lefringhausen ist Beauftragter des Präses der Rheinischen Kirche für Ökumene und Wirtschaft.

**Luther und die Soziale
Marktwirtschaft**

Marburg. Luthers Bedeutung für die Probleme der heutigen Wirtschaft stand im Mittelpunkt der Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen, zu der der bisherige Landesvorsitzende **Christoph Greiff** auch Gäste aus dem EAK Thüringen begrüßen konnte. Mit dem Thema der Tagung wollte, wie Greiff betonte, der EAK nicht nur einen Beitrag zum Luthergedenkjahr leisten, sondern auch eine wichtige Grundsatzfrage der Gegenwart aufgreifen.

In seinem Referat „Luther und der Frühkapitalismus - Folgerungen für die Gegenwart“ stellte der frühere Marburger Kirchenhistoriker Professor **Dr. Hans-Jürgen Prien** dar, wie Luther sich mit den Wirtschaftsproblemen in der damaligen Zeit des beginnenden Welthandels und der Geldwirtschaft auseinandergesetzt hat. Luther habe dabei, anknüpfend an die Bibel - besonders die Bergpredigt - ethische Maßstäbe gesetzt, die auch heute noch gelten. Seine konkreten Stellungnahmen zur Wirtschaft, wie etwa die Ablehnung von Zinsgeschäften und die Bewertung von Geldkapital als „teuflich“, seien jedoch zeitbedingt und zuweilen auch ungerecht und widersprüchlich gewesen und deshalb nicht auf die heutige Zeit übertragbar. Luther habe sich vor allem gegen Geiz und Habgier gewandt und an das christliche Gewissen appelliert, sich auch im wirtschaftlichen Handeln nach den Zehn Geboten, der Nächstenliebe und der Goldenen Regel („Was du nicht willst, das man dir tue, das tu auch keinem andern“) zu richten. Prof. Prien meinte

aber, die ethische Forderung müsse nicht im Widerspruch stehen zur Sachgemäßheit der Wirtschaft. Auch wirtschaftliche Effizienz könne ein moralisches Gebot sein. Bei der anschließenden internen Landesversammlung wählten die Delegierten des EAK Hessen als neue Vorsitzende **Karin Wolff** (Darmstadt), die auch dem EAK-Bundesvorstand angehört und Mitglied der Synode der Evangelischen Landeskirche von Hessen und Nassau ist. Als Stellvertreter wurden **Michael Bergmann** und **Wolfgang v. Heusinger** wiedergewählt. Auf Vorschlag des Landesvorstands wählten die Delegierten den früheren Landesvorsitzenden **Arnulf Borsche** zum Ehrenvorsitzenden. ■

**Gerechtigkeit allein
durch Glauben**

Selsingen. Das Gedenken an den Reformator Martin Luther, der am 18. Februar 1546 in seinem Geburtsort Eisleben gestorben ist, und die Auseinandersetzung mit seinen theologischen Grundideen bestimmten am Sonntag, 18. Februar, viele evangelische Gottesdienste im Elbe-Weser-Raum. Vielfach wurden auch von Luther gedichtete Choräle gesungen. Bereits am Freitag hatte Landessuperintendent **Jürgen Johannesdotter** aus Stade Luthers Bedeutung für Kirche und Staat in der heutigen Zeit hervorgehoben. Johannesdotter sprach vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme auf Einladung von **Albert Rathjen** in Selsingen. In den kommenden Wochen wird es im Sprengel Stade eine Reihe von Veranstaltungen zum Lutherjahr geben, die Luther als Bibelübersetzer, als Dichter und Erneuerer der Kirche zeigen. ■



Jens Hövelmann (re) und der EAK-Landesvorsitzende NRW Thomas Rachel im Gespräch.

**Seelsorge
unter Soldaten**

Düren. Mit der „Seelsorge unter Soldaten in der sich verändernden Bundeswehr“ beschäftigte sich der Kreisverband Düren des Evangelischen Arbeitskreises bei sei-

nem letzten Treffen. Neben dem evangelischen Standortpfarrer für Düren und Aachen, **Lothar Fiege**, konnte **Jens Hövelmann**, der Kreisvorsitzende des EAK, auch den Nordrhein-Westfälischen Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten des Kreises Düren, **Thomas Rachel**, begrüßen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU
lädt ein zum:

**30. Bonner
Theologischen Gespräch**

mit Landesbischof D. Horst Hirschler, Hannover

„Bringt die Bibelkritik
den Glauben aus der Fassung?“

am Montag, den 24. Juni 1996, 19 Uhr
Konrad-Adenauer-Haus, Kleiner Saal, Bonn

Weitere Informationen unter: 02 28/5 44-302

Berichtigung:

In der letzten Ausgabe (EV 4/96) ist uns ein Druckfehler unterlaufen, den wir sehr bedauern. In dem Artikel von Dr. Jürgen Danielowski auf Seite 13 muß es heißen: „Unter dem starken Finanzdruck droht allerdings die einmalige Chance, die sich hier für die **Aneignung** integrativer Erfahrungen bietet, aus dem Blick zu geraten.“

Die Redaktion

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-305/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei **Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!**

Im Sterben: Umfängen vom Leben

Jahr für Jahr sterben in Deutschland etwa 900.000 Menschen. Unter ihnen sind über 9.500 Verkehrstote, 12.000 Suizid-Tote und 2 500 Totgeburten. Über die Hälfte aller Todesfälle ereignen sich in Krankenhäusern, Kliniken und Altenheimen; in manchen Großstädten sind es 90 % und mehr. Nicht zu übersehen ist die zunehmende Zahl von Toten, die ohne Angehörige oder mittellos sterben. Das hängt u. a. damit zusammen, daß die Zahl von alleinlebenden Menschen in allen Altersstufen steigt und sich ihr Lebens- und Sterbeweg anders als der von Menschen in Partnerschaft und Familie gestaltet. Angesichts der zurückgegangenen Kindersterblichkeit und der steigenden Lebenserwartung verschiebt sich das durchschnittliche Todesalter immer mehr nach oben.

Allein diese wenigen Hinweise zeigen bereits: Sterben, Tod und Trauer sowie die Einstellung dazu haben sich in den letzten Jahrzehnten in unserem Land radikal verändert. Das Sterben zu Hause im Kreis der Familie und der Angehörigen sowie der Nachbarn ist eher selten geworden. Die Bestatter bieten im Trauerfall inzwischen ein umfassendes Angebot an Hilfen bis hin zur Trauerbegleitung an. Neben der Erdbestattung wird zunehmend die Feuerbestattung üblich. Die Zahl anonymer Bestattungen steigt, nicht nur in den neuen Bundesländern. Grab- und Grabmalkultur sind stereotyp und katalogmäßig geworden. Die Kirchen und ihre Ge-

meinden beschränken sich im Trauerfall gelegentlich auf den Bereich der Verkündigung und Liturgie: Aber die Begleitung der Angehörigen als Sorge für sie, besonders in den Wochen nach der Bestattung, ist eine gewichtige Aufgabe.

Die Trauernden selbst verstecken und verdrängen ihre Emotionen durch Abwehr von Beileidsbezeugungen und durch eine möglichst rasche Rückkehr zum „normalen“ Alltag. Die Bedingungen des modernen Lebens haben zu einer sozialen Verdrängung der lebensbedeutsamen Vorgänge um Tod und Trauer geführt. Die Gestaltung des Lebens bestimmt auch den Umgang mit dem Sterben. Immer wieder wird die Forderung nach aktiver Sterbehilfe (Tötung auf Verlangen) laut.

In unserer Gesellschaft werden Wohlstand, immer weiter steigender Lebensstandard und Vitalität bis ins hohe Alter hinein als Leitbilder propagiert. Viele Menschen können sich für das eigene Leben Entbehrungen und Grenzsituationen kaum noch vorstellen. Die Erfolge der Medizin führten zu einer zuweilen ins Unermeßliche gehenden Hoffnung auf Wiederherstellung der Gesundheit, auf Schmerzbesetzung oder auf ein Leben mit „neuen Organen“ - nicht wenige Menschen glauben in dieser Hoffnung an eine quasi „diesseitige Unsterblichkeit“. Angesichts eines relativ kurzen und vielfach gefährdeten Lebens hofften die Men-

schen früherer Zeiten noch weit mehr auf ein „Weiterleben nach dem Tod“, auf eine Vollendung des irdischen Lebens in der Ewigkeit bei Gott. Heute sehen viele in einem langen und erfüllten Leben das Ganze, oder sie erträumen von einer Reinkarnation den Ausgleich für die erfahrenen Entbehrungen und die nicht erfüllten Hoffnungen.

Inzwischen werden die Grenzen des Machbaren jedoch deutlicher. So mancher Fortschritt wird als „tödlich“ entlarvt. Langsam wird uns bewußt: Die privaten und sozialen Tabuisierungen von Sterben, Tod und Trauer wirken sich schädlich, ja zerstörend für unser Leben aus. Allmählich werden diese Wirklichkeiten wieder „gesellschaftsfähig“: in den Gesprächen und Publikationen, in der Bereitschaft, persönlich für Pflegebedürftige und Schwerkranke zu sorgen und sich den Sterbenden wieder neu zuzuwenden...

Die Auferstehung der Toten und das ewige Leben, wie sie im apostolischen Glaubensbekenntnis formuliert sind, führen in die personale Gemeinschaft mit dem lebendigen Gott und zugleich in die Gemeinschaft aller Menschen in einem „neuen Himmel und einer neuen Erde“: Ein Leben in Fülle, das Gott in Jesus Christus denen verheißen hat, die ihn lieben, gerade auch den Armen und Notleidenden, und das schon in Jesus Christus angebrochen ist.

*Auszug aus: **Gemeinsames Wort zur Woche für das Leben 1996***

Unsere Autoren:

Ilse Falk MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Christian Burkičzak
Dillenburger Weg 9 a
40229 Düsseldorf

Dr. Annette Scheunpflug
Forbacher Str. 8
22049 Hamburg

Prof. D. Eduard Lohse
Ernst-Curtius-Weg 7
37075 Göttingen

Dr. Klaus Lefringhausen
Elberfelder Str. 32
40822 Mettmann